

Rheinische Nachrichten

Braubacher Zeitung — Anzeiger für Stadt und Land

Erscheint täglich

mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Inserate kosten die Gespaltene

Zeile oder deren Raum 20 Pfg.

Kleinanzeigen pro Zeile 30 Pfg.

Amtsblatt der

Verantwortlicher Redakteur: A. Lemb.

Telefon-Nr. 30.

Postfach-Nr. 10.

Frankfurt a. Main Nr. 7639.

Druck und Verlag der Buchdruckerei von A. Lemb. in Braubach a. Rhein.



Stadt Braubach.

Gratisbeilagen:

Jährlich zweimal Fahrplan und einmal Kalender.

Geschäftsstelle: Friedrichstraße Nr. 13.

Redaktionschluss: 10 Uhr vormittags.

Bezugspreis:

Monatlich 70 Pfg.

Durch die Postbezogen:

Vierteljährlich 2,10 Mark.

Von derselben frei ins Haus geliefert 2,52 Mark.

Nr. 91.

Braubach a. Rhein, Freitag, den 19. April 1918

28. Jahrgang.

Wilson zählt.

Während Frankreich seine letzten Reserven aufbietet, um die furchtbaren Mannschftsverluste an der Yser und an der Somme, an der Dyle und an der Aisne zu ersetzen, während die britische Führung kaum halbausgebildete Rekruten an die Schlachtfelder wirft, um den deutschen Sturmern wenigstens noch einigen Widerstand entgegenzusetzen zu können, läßt Herr Wilson die Parlamentsmitglieder in Washington klappern. Seine Verbündeten sollen wissen und erfahren, daß er auch noch da ist, daß er nicht bloß Ermunterungstelegramme an andere Staatslenker abschicken kann, denen es schlecht geht? Und was liegt der amerikanischen Regierung näher als mit dem großen Geldbeutel zu winken, dessen Überlegenheit vor allen andern Kriegsschäden der Weltmächte über jeden Zweifel erhaben ist? Also wird der französische Staatsbank wieder einmal ein netter kleiner Vorstoß von 125 Millionen Dollar überwiesen. Damit hat die Gesamtverschuldung der Republik an die Vereinigten Staaten zwar bereits die Höhe von 1565 Millionen Dollar erreicht — jeder ordentliche Finanzverwalter würde erlassen im Angesicht solcher Zahlen und der ungeheuren Verpflichtungen, die sie bedeuten. Aber der Krieg hat alle Maßstäbe verschoben, namentlich in Frankreich, wo die Milliardenverluste an den ehemaligen russischen Bundesgenossen ohnedies eine gewisse Gegenstimme in finanziellen Dingen erzeugt zu haben scheint. Warum nicht Geld nehmen, was man es kriegen kann? Wer braucht sich heute um die Einlösung von Zahlungsverbindlichkeiten nach dem Kriege den Kopf zu zerbrechen? Die Hauptsache ist, daß es Geldmänner gibt, die den Glauben an Frankreichs Stern noch nicht verloren haben. Und wenn auch die Vereinigten Staaten den Sinsfuß für ihre Vorstöße an Frankreich mit Rücksicht auf ihre eigenen stets steigenden Geldbedürfnisse von 4% auf 5% erhöht haben, so lohnt es sich heutzutage wirklich nicht, an solchen Kleinigkeiten auch nur den geringsten Anstoß zu nehmen. Wie die Schuldenbremse ausfallen wird, kann doch ohnedies vorläufig kein Mensch wissen.

Aber mit Vorstößen allein will Wilson es nicht zuwenden lassen. Er hat dem Kongress auch eine besondere Vorlage unterbreitet, wonach Frankreich und anderen Ländern Vergütung für jeden durch Maßnahmen des amerikanischen Militärs verursachten Schadens zugesagt wird. Das Repräsentantenhaus hat dieser Forderung bereitwillig zugestimmt, und jetzt hat auch der Senat seinen Segen dazu gegeben. Also wenigstens ein metallischer Ertrag für das Ausbleiben jeder wirklich durchgreifenden amerikanischen Hilfe, die doch für dieses Jahr mit vollem Sicherheit in Aussicht gestellt war. Wir wissen, daß sogar unsere Oberste Heeresleitung mit ihr in bestimmten Grenzen ernsthaft gerechnet hat. Vorforglich wie sie ist, hat sie deshalb bereits im vorigen Herbst die italienischen Reichen gründlich gelichtet und danach dem russischen Kriegsspiel ein Ende gemacht; so daß der erwartete Nachschub unserer Feinde von jenseits des Großen Ozeans ebenfalls einen Erfolg für die Verluste des Jahres 1917, keineswegs aber eine Steigerung ihrer Kampfkraft über das schon damals erreichte Maß hinaus bringen konnte. Bis jetzt, können wir sagen, sind die amerikanischen Unterstützungen hinter diesen Schätzungen weit zurückgeblieben. Ob man drüben nicht mehr leisten konnte, oder ob es an dem guten Willen dazu gefehlt hat, das mögen die Herrschaften untereinander ausmachen. Uns genügt die Feststellung, daß

die deutsche Heeresleitung sich höchstens zu unseren Wünschen über die militärische Bedeutung der amerikanischen Kriegserklärung getäuscht hat. Was in diesem Jahre nicht erreicht wird, dafür ist der richtige Zeitpunkt unwiederbringlich verpaßt. Die Amerikaner lieben es, erst einmal hinter der Front mit aller Gründlichkeit sich einzurichten; so haben sie sich auch in Frankreich eine allen Forderungen moderner Kriegsführung angepaßte Operationsbasis geschaffen, und was ihre technischen Kruppen in dieser Beziehung geleistet haben, soll in der Tat auch sehr weitgehenden Ansprüchen genügen. Aber damit ist natürlich kostbare Zeit verlorengegangen. Inzwischen wird General Pershing sich wohl schon davon überzeugt haben, daß unser Hindenburg rücksichtslos genug ist, die Vollendung der amerikanischen Vorbereitungen nicht abzuwarten. So wird, was Amerika an Kampftruppen zur Stelle hat, in die französische Niederlage mit hineingezogen, und was dann mit den weiteren Mannschaften geschehen soll, die doch immer nur tropfenweise nach Europa hinübergeschafft werden können, das wissen die Wälder.

Also wird man sie wohl lieber im sicheren Hafen zurückhalten. Dafür bietet Herr Wilson seine Schachmatt mit großmütiger Handbewegung dar. Nun ja, die Franzosen werden sie nicht zurückweisen. Aber daß sie diesen sonderbaren Kriegsgenossen um deswillen als gleichwertig anerkennen werden, ist schwerlich zu glauben. Der Blutgoll ist es, der im Krieg entscheidet, und nicht der Dollar.

Mit vereinter Kraft.

Sicherung der Versorgung durch Landwirtschaft und Handel.

Die amtlichen Handelsvertretungen haben sich dieser Tage durch ihre Vereinigung, den Deutschen Handelsrat, in einem Schreiben an die Bundesregierungen zur praktischen Mitarbeit an der gemeinschaftlichen Erfassung der Nahrungsmittel bereit erklärt. Für die Ermittlung der zur Beteiligung an den Geschäftsstellen der Kommunalverbände berechtigten und geeigneten Firmen sollen den zuständigen Behörden die amtlichen Handelsvertretungen zur Verfügung stehen. Der Handelsrat schlägt vor, die beteiligten Firmen nach Geschäftszweigen oder größeren Verwaltungsbezirken aufzusuchen und die Geschäftsstellen zu unmittelbaren Beauftragten der Kommunalverbände zu bestellen. Zur Durchführung ihrer Aufgaben sollen sich die Geschäftsstellen der Mitwirkung von Unterkommisionären bedienen. Zur Deckung der Unkosten soll eine Vermittlungsgebühr erhoben und die größere Verdienstmöglichkeit in den Unterkommisionären eingeräumt werden, um der Betätigung des einzelnen Aufstiegers auch weiterhin einen ausreichenden Ansporn zu geben. Der deutsche Handelsrat verlangt weiter, daß den Geschäftsstellen auch die Verteilung der von ihnen erhaltenen landwirtschaftlichen Erzeugnisse auf die Bedarfsstellen des Kommunalverbandes übertragen werde.

Als die Vorschläge des Kriegs-Ausschusses der deutschen Landwirtschaft in der Öffentlichkeit bekannt wurden, fanden zahlreiche Verbände des Handels dem Vorgehen der Landwirtschaft ziemlich ablehnend gegenüber. Es wurde vermerkt, sich wie die Landwirtschaft sofort zur praktischen Mitarbeit zur Verfügung zu stellen. Nunmehr hat der Handel Gegenvorschläge in gleicher Richtung gemacht. Diese Vorschläge sind vielleicht einseitig, aber es ist immerhin eine Grundlage für eine Verständigung mit der Landwirtschaft vorhanden. Es ist zu hoffen, daß auch eine

Einigung für ein zweckvolles Zusammenarbeiten erzielt werden wird.

Eine Einigung mit den landwirtschaftlichen Körperschaften muß vor allem nach der Richtung hin angestrebt werden, damit das Prinzip der neuen Ausbringungsmittel, welches die Träger der Erzeugung auch zu den Trägern der Erfassung der Produktion machen will, nicht umgestoßen wird. Der Deutsche Handelsrat stellt seine eigenen Organisationen in den Vordergrund und faßt die landwirtschaftlichen Genossenschaften gewissermaßen als eine Unterorganisation des Handels auf, die von der Mitarbeit nicht ausgeschlossen werden sollen. Wenn man es nach den Erfahrungen der Kriegswirtschaft auch verstehen kann, daß der Handel sich in den Geschäftsstellen der Kommunalverbände ein möglichst weites Feld der Betätigung zu sichern versucht, so sollten die landwirtschaftlichen Genossenschaften doch in den Hintergrund gedrängt werden. Der Handelsrat fordert, daß nur die Handelsformen (zu denen auch die landwirtschaftlichen Genossenschaften zählen), für die Bildung der Geschäftsstellen herangezogen werden sollen, die bereits vor dem 1. August 1914 den Ankauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse in unmittelbarem Verkehr mit den Erzeugern des Kommunalverbandes betrieben haben. Da während des Krieges die Zahl der landwirtschaftlichen Genossenschaften eine größere Vermehrung erfahren hat als die der privaten Handelsfirmen, würde die Durchführung einer solchen Forderung die Ausschaltung der nach dem 1. August 1914 entstandenen landwirtschaftlichen Genossenschaften bedeuten, und somit dem Sinn der Richtlinien des Kriegsernährungsamtes direkt entgegenlaufen. Das Kriegsernährungsamt hatte im Interesse einer möglichst reiblosen Erfassung der Nahrungsmittel die Veranlassung aller landwirtschaftlichen Genossenschaften gewünscht, weil das Erfassungssystem gerade auf dem Vertrauen und der Kontrolle von Landwirt zu Landwirt aufgebaut sein sollte; der private Handel aber mit einem Teil der schon bestehenden landwirtschaftlichen Genossenschaften ausschließen und die Bildung neuer Genossenschaften gänzlich verhindern. Das würde ein Zusammenarbeiten von Landwirtschaft und Handel nicht begünstigen, noch das Gelingen des Erfassungsgeschäftes gewährleisten.

Es darf deshalb wohl erwartet werden, daß die amtlichen Handelsvertretungen die Grundsätze für die Mitwirkung des Handels einer Nachprüfung unterziehen, damit eine gleichberechtigte Vertretung von Landwirtschaft und Handel in den Geschäftsstellen der Kommunalverbände nicht erschwert und ein gedeihliches Zusammenwirken der beiden Kräfte ermöglicht wird.

Volks- und Kriegswirtschaft.

* Verminderte Fleischabgabe in Sachsen. Die sächsische Landesfleischstelle teilt mit, daß in der Viehanlieferung vorübergehende Störungen eingetreten sind, die die Landesfleischstelle zu der an alle Kommunalverbände ergangenen Anordnung veranlaßt haben, für zwei Wochen nicht mehr als 150 Gramm Fleisch einschließlich Wurst zur Verteilung zu bringen. In einer Anzahl von Kommunalverbänden wird daher die Verteilung bis zu 50 Gramm weniger als regelmäßig erfolgen.

* Eine staatliche Organisation der Rechtsanwältinnen wird von den Verbänden der Regierungen durch einen Antrag Groeber verlangt. Es soll eine föderale Vereinigung der deutschen Rechtsanwältinnen geschaffen werden, die Schaffung von Frauen-, Kinder-, Witwen- und Waisenversicherung umfasst.

Dunkle Pfade.

Roman von Reinhold Eismann.

Nachdruck verboten.

Ihre Unterhaltung war von Anfang an so leise geführt worden, daß kein Laut davon durch die Glaswände der Verhörschloß auch nur bis an das Bull des zunächst stehenden Buchhalters dringen konnte. Es machte dem auch keinen auslösen Versuch, etwas zu erlauschen, obwohl die Erscheinung der beiden trotz ihrer bürgerlichen Kleidung sehr imponierend und martialisch aussehenden Herren alle seine Aufmerksamkeit erregt hatte, und obwohl von Bull ein Bull ein Klüßchen gegangen war.

Die sind sicherlich von der Kriminalpolizei. Auch an das Ohr des Buchhalters deutete war dies kläglich gedungen. Und von dem Augenblick an hatte er keine ruhige und mühselige Arbeit ganz eingestellt. Den klammernden Kopf in beide Hände gestützt, stierte er unverwandt in das vor ihm liegende Kontobuch, und seine Wangenmuskeln waren in einer beständigen, zuckenden Bewegung. Als einem der hinter ihm Arbeitenden das neugierige Ainal entlockt und mit einem klugen Blick an den Kopf, schrak er zusammen, wie Menschen mit gebundenen Händen bei einem in ihrer unmittelbaren Nähe abgewandten Gesicht verzog sich wie zum Weinen. Der Buchhalter ihm gegenüber, der ihn schon seit einer kleinen Weile beobachtet hatte, sagte mittelst:

Sie sind wirklich krank, Heintz, und Sie sollten lieber nach Hause gehen. Was Sie jetzt noch machen, ist ja doch

ist der Rede wert, und wenn Herr Franke nach Ihnen fragt, werde ich Sie schon entschuldigen.

Mit einem leeren und doch unfähig traurigen Blick sah der Angeredete zu ihm auf. Statt aller Antwort aber schüttelte er den Kopf und stierte dann wieder ebenso lumpig und geistesabwesend vor sich hin wie vorher.

Eine Viertelstunde verrann, und die jungen Leute umgittern begannen schon ihre kleinen Vorbereitungen für den schließlich herbeigewünschten Ausdruck zu treffen. Da klang die Glastüre des Kassenschlages, und die beiden Fremden traten daraus hervor, um mit kurzem Gruß das Kontor zu verlassen. Eine Minute später wurde Paul Franke's hagerer Figur in der Öffnung sichtbar.

Herr Heintz — darf ich bitten?

Scharf und befehlend tönte seine helle Stimme durch das Kontor. Der Geruch war aufgeföhren, und ein schwaches, undeutliches Gemurmel, das nicht einmal sein Nachbar verstehen konnte, hatte wohl seine Antwort sein sollen. Mit einem schreien, angstvollen Blick, als wolle er seine Umgebung um Hilfe anrufen gegen einen fürchterlichen Feind, ließ er seine Augen umherirren; dann aber raffte er sich mit sichtlich Willensanstrengung auf und schritt ansprechen, wandelnden Ganges dem Kassentraume zu.

Man hörte nicht, was Paul Franke ihm da drinnen sagte, aber nach einer kleinen Weile erklang wieder die scharfe Stimme des Profuristen:

Ich bitte, Jeterabend zu machen, meine Herren! Es ist nicht nötig, daß Sie auf mein Fortgehen warten; denn ich werde noch eine halbe Stunde mit Herrn Heintz arbeiten.

Das ist geradezu eine Grausamkeit gegen den armen Menschen, meinte der Buchhalter, der Heintz vorhin den

Mat gegeben hatte, nach Hause zu gehen, zu einem Kollegen. Er konnte sich ja kaum noch auf den Füßen halten.

„Ach was“, lautete die stemlich gefühllose Antwort. Der Beichtstuch hat gewiß wieder die Nacht durchgezwängt, und ich wette, daß Franke ihm nur eine Lektion erteilen will, indem er ihn noch über die Kontorzeit zurückhält. Verdient hat er sie schon; denn wenn er so weiter macht, flüchtet er unfehlbar einem schlechten Ende zu.“

Es gab ein kurzes Geklapper von Bulldeckeln, ein Ritschen von Schlüsseln und ein Geknarr zahlreicher Füße. Dann erlosch eine der elektrischen Arbeitslampen nach der anderen, und eine matte Dämmerung breitete sich über den leeren Raum.

Paul Franke trat noch einmal in die offene Tür des Kassenschlages, um auch den mit verdrießlicher Miene herumlungierenden Bureaudiener fortzuschicken, da er selbst das Verschließen der Türen und die Ablieferung der Schlüssel bewirken wollte.

Und als auch der schlappende Schritt dieses letzten verhaßten war, hatten der Profurist und der Buchhalter seinen Lauscher mehr zu fürchten.

15. Kapitel.

So, Herr Heintz — nun lassen Sie uns einmal ohne Umschweife miteinander reden! — Deshalb ich Ihnen heute vormittag verbot, um einen Urlaub einzukommen — Sie haben es verstanden — nicht wahr?

Fortsetzung folgt.

Paschendale und Wytschaete erstürmt.

Heftige Kämpfe an der Somme.
Mitteilungen des Wolffschen Telegrammen-Bureaus.
Großes Hauptquartier, 17. April.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Auf dem blutdurchtränkten Kampffelde der vorjährigen Flandernschlacht besetzte die Armee des Generals Sigt von Armin Paschendale und schob auch bei Wytschaete und Gelys ihre Linien vor! — Nördlich von der Lys erstürmten die Truppen des Generals Sigt in den frühen Morgenstunden das Dorf Wytschaete, warfen den Feind trotz heftiger Gegenwehr von den Höhen nördöstlich und westlich vom Orte und wiesen starke Gegenangriffe ab.

Den südwestlich von Bulvergem in rüdwärtige Linien ausweichenden Gegner drängten wir über den Douve-Bach zurück. Bailloul und die zeh verteidigten Stützpunkte Cappelunde nördlich von Bailloul und Meteren wurden genommen. Mit starkem Kräfteinsatz versuchte der Engländer, gestützt durch Franzosen, vergeblich Meteren und das verlorene Gelände beiderseits von Meteren zurückzuerobern. Seine Angriffe brachen unter schwersten Verlusten zusammen.

Auf dem Schlachtfelde zu beiden Seiten der Somme entspannen sich heftige Feuerkämpfe, die auch während der Nacht unermüdet südlich von der Somme anhielten.

Macedonische Front.

In Vorkesskämpfen in der Struma-Ebene nahmen bulgarische Stotruppen 155 Engländer und einige Griechen gefangen.

Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

Die Einnahme der Festung Batum.

Der türkische Heeresbericht von der Kaukasusfront meldet: Die Festung Batum ist gefallen. Nachdem der hartnäckig sich verteidigende Feind Schritt um Schritt auf den Gürtel der Festung zurückgedrückt worden war, begann am 13. abends der Angriff auf die Werke der Südfront. In erbittertem Ringen gelang unseren tapferen, von frischem Kampfesgeist erfüllten Truppen der Einbruch in die stark verfestigten und ausgebauten Werke dieser Front. Während im weiteren Verlauf des Angriffs einige Nachbatterwerke die weiße Flagge hielten, leisteten andere bis zum letzten Augenblick zähen Widerstand. Die Besetzung der Stadt und des Hafens vollzog sich ohne Kampf. Eine Abordnung der Bürger begrüßte unsere Truppen. In der Stadt herrscht Ruhe. — Die Zahl der Gefangenen und die Beute sind noch nicht festgestellt. Die blutigen Verluste des Gegners sind schwer.

Neue U-Boot-Erfolge.

Im Sperrgebiet um England versenkt.

Amlich wird gemeldet: Durch unsere U-Boote wurden im Sperrgebiet um England wiederum 16 000 Br.-Reg.-Tz. feindlichen Handelschiffes versenkt.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Englische Minen in der freien Fahrtrinne.

Berlin, 17. April.

Am 6. April ist der belgische Reliehdampfer „Ministère de Smet Naeyer“ und am 8. April der belgische Reliehdampfer „Flandres“ in der freien Fahrtrinne zwischen dem deutschen und englischen Sperrgebiet auf Minen gestoßen und gesunken. Es sind ferner in letzter Zeit auch mehrere holländische Fischereifahrzeuge in der freien Fahrtrinne durch Minen verlorengegangen. Laut Mitteilung der holländischen Zeitung „Telegraaf“ vom 17. März morgens enthält die englische Zeitung „The British News“ die amtliche englische Mitteilung, daß keine englischen Minen in der freien Fahrtrinne oder in deren Nähe und außerhalb der von der englischen Marine bekanntgegebenen Gebiete gelegt seien.

Da, wie hiermit ausdrücklich festgestellt wird, von deutscher Seite in der freien Fahrtrinne keine Minen gelegt worden sind, kann es sich nur um feindliche Minen handeln.

Englische Verschleierungsversuche.

Was man von amtlichen englischen Erklärungen über die durch den U-Boot-Krieg geschaffene wirtschaftliche Notlage zu halten hat, erhellt aus folgenden sich stracks widersprechenden Behauptungen des Ersten Lords der Admiralität, Sir Eric Geddes, und seines Bruders Sir Auckland Geddes. Ersterer sagte wörtlich im Parlament über den Schiffbau:

Wir waren berechtigt, einer stetigen großen Vermehrung der Schiffbauleistung entgegenzusehen. Leute, Material und Leistungsfähigkeit alles war vorhanden. Der ernstliche Abfall der Neubauten läßt sich nur durch Unruhe unter den Arbeitern erklären.

Demgegenüber heißt es in der eine Woche zuvor gehaltenen Rede des Hilfsdienstministers Sir Auckland Geddes, der „Times“ zufolge:

Eine Folge der Verzögerung bei der Veräblichung von Material aus Amerika besteht darin, daß die Herstellung verzögert werden muß, und daß weniger Männer und Frauen Beschäftigung finden, da ein gewisser Überfluß an Arbeitskräften in den Fabriken entstehen wird.

Der eine der Geddes behauptet also, daß Rohstoffe in genügender Menge vorhanden wären, der andere behauptet das Gegenteil! Eines von beiden kann nur wahr sein. Wer läßt?

Die neuen Steuervorläge.

Ein Überblick.

Branntwein-Monopol — Biersteuer — Weinsteuer — Erhöhung der Schaumweinsteuer — Besteuerung von Mineralwässern und künstlich bereiteten Getränken — Erhöhung der Postgebühren — Kriegssteuern für Gesellschaften — Höheres Reichs- und Wechselstempel — Umsatzsteuer — Vergütung der Steuerflucht.

Soeben sind dem Reichstag die vom Bundesrat genehmigten Steuerentwürfe zugegangen. Die elf Vorlagen bilden ein stattliches Bündel und enthalten viele hundert Paragraphen, aus denen nachfolgend eine Gesamtübersicht über das geplante Werk der Stärkung der Reichsfinanzen gegeben sei. Der Reichshaushalt für das eben begonnene Etatsjahr schließt mit einem Fehlbetrag von 1,876 Milliarden (gegen 1,260 Milliarden im Vorjahre). Die neuen Steuern sollen nur diesen Fehlbetrag decken. Deshalb sind auch die jetzigen Steuern, wenn sie durch Annahme im Reichstage billigt werden, nur als eine einstweilige Maßnahme zu betrachten, da nach dem Kriege im ersten Friedenshaushalt natürlich wieder die Ausgaben für die jetzt aus den besonderen Kriegsfonds gespeisten Posten mit Hilfe der Staatseinkünfte zu decken sind. Dazu treten dann die Aufwendungen für den Ausbau, für die Kriegs-

vermögens- und Vermögensgegenstände. Die Verzinsung der Kriegsanleihen und die Neuverteilung der Beamtengehälter. Rann es sich also nur um eine vorläufige Regelung handeln, so wird doch auf einzelnen Gebieten gründlich und ansehnend für absehbare Dauer auch erspönd eingegriffen.

Branntwein-Monopol.

Zum erstenmal erscheint damit ein Reichsmonopol in der Steuerlegislation. Der Vorschlag läuft im wesentlichen auf die Verstaatlichung der Spirituszentrale hinaus. Die Monopolverwaltung besteht aus einer Behörde, dem Monopolamt, und einer G. m. b. H. nach dem Muster vieler Kriegsgesellschaften. Die Menge der Destillateure wird durch eine beschränkte Anzahl großer staatlicher Destillationsanstalten abgeleitet. Die Entschädigung der Destillateure verteilt sich auf 10 Jahre und wird sehr bald aus eigenen Mitteln des Monopolamts erfolgen können, so daß zurzeit nur eine Anleihe von 50 Millionen erforderlich erscheint. Bei der Preisfestlegung wird der Branntwein außerordentlich stark angefaßt. Aus dem Hektoliter sollen rund 100 M. herausgezogen werden. Ein Zehntel der Branntweinherzeugung bleibt vom Monopol unberührt und der Herstellung der feinen Liqueure vorbehalten, von denen eine Bändersteuer von 1 M. pro Liter erhoben werden wird. Der Monopolpreis für Trinitbranntwein wird nur für die Flasche festgelegt. Zum Schutze der Verbraucher werden auch ganz kleine Flaschen in den Handel eingeführt werden. Der Gesamttrag soll 847 Millionen jährlich sein, gegenüber der jetzigen Abgabe ein Mehr von 641 Millionen.

Biersteuer.

Bei diesem Vorschlag ist man von der Rohstoffsteuer zu einer Fabriksteuer übergegangen mit Rücksicht darauf, daß sich der Malzgehalt in den letzten Jahren gewaltig verringert hat (von 19 Kilogramm Malz auf ein Hektoliter im Jahre 1916 auf 8,24 Kilogramm im Jahre 1917). Die Sätze werden gestaffelt, so daß kleinere Brauereien weniger getroffen werden als die Großbrauereien. Für Starkbier wird ein Zuschlag von 50%, für Einfachbier ein ebenso hoher Zuschlag eingeführt. Neu ist die Festlegung der Erzeugung, bei deren Überschreitung Zuschläge von 50 bis 100% zu zahlen sind. Der Ertrag der Steuer ist für die Brauereigemeinschaft auf 101 Millionen, für die Ausgleichsbeträge der süddeutschen Bundesstaaten auf 104 Millionen, von dem gleichzeitig erhöhten Bierzoll auf 8 Millionen geschätzt, im ganzen also auf 213 Millionen gegenüber einem Friedensbetrag von 139 Millionen.

Wein- und Schaumweinsteuer.

Die bekanntlich vom Reichstag bisher immer wieder abgelehnte Weinsteuer ist eine einheitliche Verbrauchssteuer in Höhe von 20%. Nicht nur Traubenweine und Traubenmost, sondern auch weinähnliche Getränke, Obst- und Beerenweine und weinartige Getränke wie Vermouth-Wein, sind zu versteuern. Die vorgelegene Nachsteuer trifft auch Weine im Privatbesitz, sobald die Kellervorräte mehr als 30 Flaschen betragen. Der Ertrag wird auf 100 Millionen geschätzt. In der Begründung wird darauf hingewiesen, daß der bisherige Widerstand der Erzeuger nicht mehr gerechtfertigt erscheint, zumal angesichts der gewaltigen Verteuerung des Weines gerade in den letzten Jahren, wo stufenweise ein Fuder Rheinwein von 500 M. auf 5000 M. gestiegen ist, und angesichts der günstigen Wirtschaftslage der Bürger (im Bezirk Trier ist in den Gemeinden von weniger als 2000 Einwohnern von 1916 auf 1917 der Einkommensteuervertrag durchschnittlich um 48% gestiegen). Gleichzeitig mit der Einführung der Weinsteuer wird die bisher gestaffelte Schaumweinsteuer einheitlich auf einen Satz von 3 M. pro Flasche gebracht und die Bändersteuer durch Kellervorräte ersetzt (geschätzter Mehrertrag 20 Millionen).

Mineralwässer und künstliche Getränke.

Um nicht den Ertrag der Steuer aus den alkoholhaltigen Getränken von vornherein zu gefährden, soll auch eine Besteuerung der alkoholfreien Getränke eingeführt werden, d. h. der natürlichen und künstlichen Mineralwässer (2%), für die Halbwasserflasche, Limonaden (6%) und der konzentrierten Mineralwasser, Säfte usw. (60% pro halber Liter). Der Reinertrag ist mit 51 Millionen veranschlagt. In diesem Zusammenhang erhöhen sich auch die bisherigen Kaffee-, Tee- und Kakao-Böden (Mehrertrag 75 Millionen).

Erhöhung der Postgebühren.

Die Gebühren für den Postverkehr, die schon einmal im Laufe des Krieges erhöht, sollen eine abermalige Steigerung erfahren. Ortsbriefe sollen künftig bis 20 Gramm 10 Pf., darüber 15 Pf. kosten. Die Postkarte soll sich im Ortsverkehr auf 10 Pf., im übrigen auf 15 Pf. verteuern. Die Drucksachen bis 50 Gramm von 3 auf 5 Pf., bis 100 Gramm von 5 auf 7 1/2 Pf., über 100 Gramm von 10 auf 15 Pf. usw. Für Geschäftsbriefe, Warenproben und Muster sendungen ist ein Zuschlag von 5 Pf. für 5-Kilo-Pakete eine weitere Erhöhung von 10 Pf. in der ersten Zone und 15 Pf. für weitere Entfernungen vorgesehen, die sich bei Paketen über 5 Kilo auf 20 bezw. 30 Pf. erhöht. Fernherangezogen werden die Postanweisungen, die sich bei Beträgen bis 100 M. um 5 Pf., bei Beträgen über 100 M. um 10 Pf. verteuern sollen. Die Telegrammgebühren erhöht sich von 7 Pf. für das Wort abwärts um 1 Pf., die Fernspreckgebühren durchweg um weitere 10%. Die neuen Gebühren sollen am 1. Oktober in Kraft treten und insgesamt einen Mehretrag von 125 Millionen jährlich bringen.

Kriegsgewinne der Gesellschaften.

Bei den Plänen für die Kriegsgewinnsteuer hat man sich jetzt von einer Erneuerung für physische Personen abgesehen und nur in Gestalt einer besonderen Gesellschaftssteuer, die Aktiengesellschaften und Gesellschaften m. b. H. herangezogen. Diese freilich mit erhöhten Sätzen. Es ist ein Normalatz von 50%, vorgesehen und eine Verminderung, so daß sich bei Gewinnen unter 500 000 M. Sätze von 30, 36, 42, 48 und 54% ergeben. Der Einheitsatz von 50% wird erhoben bei Mehrgewinnen von 500 000 M. vorausgesetzt, daß die Verzinsung des Grund- oder Stammkapitals mehr als 25% erreicht, und von allen Mehrgewinnen, ohne Rücksicht auf die Rentabilität, bei Mehrgewinnen von mehr als eine Million. Hier handelt es sich natürlich nur um eine einmalige Steuer (da ja nach dem Friedensschluß Kriegsgewinne nicht noch einmal besteuert werden können). Der Ertrag wird auf 500 bis 600 Millionen geschätzt.

Die Stempelabgaben.

Es soll eine Erhöhung des Wechselstempels von 1/10 auf 1/100, eine Erhöhung des Talonsstempels, eine Erhöhung der Zantiensteuer von 8 auf 20% und endlich

eine neue Besteuerung des Börsenumsatzes durch Erhöhung des Schlussnotenstempels erfolgen, welche letzterer gleichmäßig abgestuft wird, und zwar zwischen Rundengeschäften und der einen und Geschäften der gewerbemäßigen Effektenhändler unter sich auf der anderen Seite. Neu ist, daß auch Reichs- und Staatsanleihen, ja sogar die Kriegsanleihen künftig dem Börsenstempel unterliegen sollen. Kriegsanleihen freilich zu noch niedrigerem Satz als die übrigen Reichs- und Staatsanleihen. Der Mehretrag ist auf 200 Millionen veranschlagt.

Umsatzsteuer für Waren und Leistungen.

Rund eine Milliarde soll aus dieser Besteuerung gewonnen werden. Der Barerumsatzstempel wird von 1% auf 5% erhöht, zugleich aber sollen künftig nicht nur Waren, sondern auch Leistungen getroffen werden, also beispielsweise die Kostenaufstellungen der Ärzte und Rechtsanwälte, die Werke von Schriftstellern und Künstlern, die Zeitungsinserte usw. In den Barerumsatzstempel ist auch eine Luxussteuer hineingearbeitet: für Juwelenwaren, Kunstgewerbliche Arbeiten, Antiquitäten, Musikinstrumente, Handwagen, Land- und Wasserfahrzeuge mit Motorbetrieb, Teppiche und Belagwerk) steigen die Sätze bis 20%.

Gegen die Steuerflucht.

Den Abschluß des ganzen Werkes bildet ein für Deutschland völlig neues Gesetz, ein Steuerfluchtgesetz, das die Abwanderung der Kapitalisten verhindern soll. Es besteht aus zwei Teilen, die in der Übergangszeit unmittelbar nach dem Ausbruch der scharfen Grenzkontrolle, manche Kapitalisten sich an schon gelegene Steuerlocher des neutralen Auslandes zurückziehen versuchen werden.

Das Gesetz bestimmt, daß alle abwandernden Personen künftig noch für 5 Jahre steuerpflichtig gegenüber dem Reich, den Bundesstaaten wie den Kommunen bleiben und verpflichtet sind, eine 20%ige Sicherheit von ihrem Gesamtvermögen bei der Abwanderung zu hinterlegen. In dem angeordneten Strafen kommt im Falle der Steuerflucht die Ausbürgerung und Ausweisung hinzu, die sich auch auf Frauen und Kinder erstreckt und auch diesen für alle Zeit die Rückkehr in die alte Heimat unmöglich machen würde.

Die Schlacht im Lys-Gebiet.

England in schwerster Sorge.

Mit dem Verlust von Wytschaete und Paschendale haben die Engländer die heiligmäßigsten Punkte der Flandernschlacht verloren. Sie galten ihnen einst als Symbol. Ihre Einnahme beweist, daß alle Mittel nicht



helfen, daß alle Reserven nicht genügen, dem deutschen Vorstoß halt zu gebieten. Und mag auch die halbamtliche Pariser Presse noch so oft schreiben, der deutsche Vormarsch sei zum Stehen gekommen — er geht unaufhaltsam weiter. Daß man in England die Lage anders beurteilt, zeigt die Botschaft der „Daily Mail“, in der es heißt: Mit dem Schicksal Amiens' ist das Los Londons untrennbar verknüpft. Amiens zu verteidigen heißt London verteidigen. Amiens verlieren bedeutet für Frankreich den Verlust der englischen Hilfe in ihrem jetzigen Umfang. Dabei ist der große neue Verlust zwischen La Bassée und Wytschaete noch nicht berücksichtigt. Mit diesem Verlust hat England seit dem 21. März fast zwei Drittel seiner Gesamttruppen verloren.

Baron Burian, Czernins Nachfolger.

Budapest, 17. April. Kaiser Karl hat den gemeinsamen Finanzminister Baron Burian von Rajecz zum Bundesminister und zum Minister des Äußeren ernannt.

Nachfolger des Grafen Czernin ist nun ein Mann geworden, der in der Erörterung über den vermittelnden Vorschlag der Donaumonarchie fast gar nicht genannt worden ist. Und dennoch ist seine Ernennung keine Überraschung; denn wer im Verlauf des Streites Czernin-Clemencau aufmerksam die Wiener und Budapestener Zeitungsstimmen verfolgt hat, konnte aus ihnen ersehen, daß die Bündnispolitik eine starke Betonung erfuhr. Der Mann also, der während des Weltkrieges diese Bündnispolitik am stärksten betont hat, war Baron Burian, der bereits von Januar 1915 bis



Baron Burian von Rajecz

September 1916 die äußere Politik der Donaumonarchie leitete. Clemencau hat also das Gegenteil von dem erreicht, was er erreichen wollte. Die Person des Ministers des Äußeren hat gewechselt, der Kurs bleibt der alte. Die Ernennung Baron Burians ist als eine Bestätigung der von Kaiser Karl an Kaiser Wilhelm gerichteten Depeschen anzusehen. Die ungestörte Fortführung der

18